



Fotos: Antirassistisches Netzwerk BW

Solidarity4All!

Landesweite Demonstration gegen Rassismus und Ausgrenzung in Heidelberg

Von Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg

Am 1. Oktober demonstrierten ca. 800 Menschen in Heidelberg unter dem Motto „Solidarity 4 ALL – Gemeinsam gegen jede Form von Rassismus und Ausgrenzung! Schließen wir uns zusammen!“. Organisiert wurde die Demo vom offenen Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg. Die Demonstration in Heidelberg richtete sich gegen die andauernden Asylrechtsverschärfungen und das „Modellprojekt“ Patrick-Henry-Village, das als Ankunfts- und Registrierzentrum außerhalb von Heidelberg die digitalisierte Kontrolle über geflüchtete Menschen sowie ihre Entrechtung insbesondere in Asyl-Schnellverfahren durchsetzt.

Die vielen Menschen aus einem breiten politischen Spektrum setzten ein klares Zeichen gegen eine vom Rechtsruck in der Gesellschaft geförderte populistische Politik, die vermehrt Abschiebungen fordert und umsetzt. Die Modellprojekte des Patrick-Henry-Villages sehen die Demonstrierenden als einen Ausdruck dieser Politik. Sie kritisierten den dort erstmals erprobten und mittlerweile bundesweit eingesetzten Ankunftsausweis, der Sinnbild für die Speicherung einer Vielzahl auch asylrechtlich irrelevanter Daten ist. In einem speziellen IT-Datensystem werden umfangreiche Daten gespeichert, auf die unzählige Behörden Zugriff haben. Dieses Verfahren spottet jeglichem Datenschutz.

Das System der Schnelleinteilung in Gruppen sortiert Menschen nach gesetzlich definierter „Bleibeperspektive“. Die „Verfahrensstraßen“ im Asylprozess missachten jede Individualität und stehen

für ein System, das statt Menschen nur noch bürokratische Kategorien sieht. Dies richtet sich insbesondere gegen Menschen aus den sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“, über „Sichere Drittstaaten“ Eingereiste, Folgeantragsteller*innen sowie Personen, denen unterstellt wird, ihre Ausweispapiere vorsätzlich vernichtet zu haben.

Damit einhergehend richtete sich der Protest auch gegen die Abschiebepolitik. Die Verschärfung der Dublin-Regelung in Form von Dublin IV ist schon so gut wie beschlossene Sache und die Definition von „Sicheren Herkunftsländern“ wird auf immer mehr Länder ausgeweitet. Beides verhindert die ordentliche Prüfung von Einzelfällen und zwingt Menschen gewaltsam in ein Leben, das ihnen kaum Perspektiven bietet, dafür aber strukturelle Gewalt und Entrechtung sowie Diskriminierung auf allen Ebenen bedeutet.

Gemeinsam zeigten Menschen mit und ohne



Fluchterfahrung, dass sie diese Asylpolitik nicht weiter hinnehmen wollen. Begleitet von Musik einer Gruppe aus dem Patrick-Henry-Village zog die Demonstration mit zahlreichen mehrsprachigen Transparenten und Schildern vom Hauptbahnhof mit Zwischenkundgebungen vor dem Landratsamt und auf dem zentralen Bismarckplatz schließlich mit lautem sechssprachigen Jingle über die Heidelberger Hauptstraße zum Uniplatz. Bei der Haltestelle des Busses vom Patrick-Henry-Village in der Heidelberger Innenstadt sorgten Bengalos und ein großes Transparent „Klassenkampf statt Vaterland“ vom Dach des Bauhauses für Aufmerksamkeit.

Die Reden der Demo wurden von Vertreter*innen unterschiedlicher Gruppen des Antira Netzwerkes gehalten und in verschiedene Sprachen übersetzt. Sie richteten sich gegen die immer rigidere Asylpolitik Deutschlands und den Kontext, in dem sie umgesetzt wird. Ein kapitalistisches System, das

unter anderem durch Ausbeutung, Waffenexporte und Kriege Fluchtursachen nährt, sowie der zunehmende Rechtspopulismus in Bevölkerung und Politik, der auch den Boden für gewaltsame rassistische Hetze nährt, wurden ebenfalls stark kritisiert.

Am Bismarckplatz spielten Mal Élevé von Irie Révoltés und Wonda Prince aus Mannheim und bei der Abschlusskundgebung sorgten sie und Anarchia Libertad aus Italien zwischen weiteren Redebeiträgen für gute Stimmung und ausgelassene Tänze im Regen bis 19 Uhr.

Die Organisator*innen werten die Demonstration als vollen Erfolg. Insbesondere die Beteiligung vieler geflüchteter Personen – bereits in der Organisation, aber auch auf der Demo selbst – wird als Chance gesehen, der perfiden Propaganda etwas entgegenzusetzen, die versucht, geflüchtete und nicht geflüchtete Menschen gegeneinander auszuspielen. Mit der gemeinsamen Demonstration konnte gezeigt werden, dass dies keinen Erfolg haben muss.

Die Demonstration soll Auftakt zum Aufbau einer gemeinsamen überregionalen Bewegung sein, die Anfang des nächsten Jahres am 28.01. mit einer antirassistischen und migrationspolitischen Konferenz ihre Fortführung finden soll. Ziel ist es, sich in Baden-Württemberg stärker zusammenzuschließen gegen eine Politik, die die Rechte geflüchteter Menschen angreifen und beseitigen will.

